

Internationales Medizinforum diskutiert an der Uniklinik RWTH Aachen über „Der Wert des Lebens – Euthanasie und Sterbehilfe“

Aachen, 11.09.2015 – Drei verschiedene Länder, drei verschiedene Rechtssprechungen: Sterbehilfe ist ein sensibles und vielfältiges Thema, das Betroffene und die Öffentlichkeit, Berufsvertreter, Politiker, Juristen und Ethiker gleichermaßen beschäftigt. Dies zeigte sich auch in einer engagierten und kontrovers geführten Diskussionsveranstaltung an der Uniklinik RWTH Aachen. Dort informierten am vergangenen Dienstag unter anderem die Präsidenten der Ärztevertretungen aus Deutschland, den Niederlanden und Österreich über die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen in ihren Ländern.

Zu Beginn stellte Prof. Dr. Rutger van der Gaag, Präsident der niederländischen Ärztevereinigung, die niederländische Gesetzgebung zur aktiven Sterbehilfe vor. Seit 2002 ist es im Nachbarland möglich, unter gewissen Bedingungen von ärztlicher Seite Sterbehilfe zu erhalten. Van der Gaag betonte, dass in seinem Land das Recht auf Selbstbestimmung jedes Einzelnen im Mittelpunkt stehe: „Jeder Patient muss die Freiheit und das Recht haben, sich eigenverantwortlich zu entscheiden.“ Damit dies aber zu keinem Missbrauch führe, seien sehr klare rechtliche Rahmenbedingungen notwendig.

Der Präsident der deutschen Bundesärztekammer, Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery machte in seinen Ausführungen deutlich, dass die Tötung auf Verlangen in Deutschland verboten sei. Dabei betonte er die besondere Verantwortung der Deutschen: „Wir führen die Debatte hier in Deutschland vor dem Hintergrund unserer Geschichte.“ Zudem sei in den Ärztlichen Berufsordnungen verankert, dass es die Aufgabe von Ärztinnen und Ärzten sei, ihre Patienten zu begleiten, ob kurativ oder am Lebensende durch eine gute palliative Versorgung. Sein pointiertes Statement: „Wir wollen gemeinsam und würdevoll die letzten Tage zusammen erleben und den Patienten nicht umbringen.“

Auch Prim. Dr. Georg Psota, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, bezog Stellung. Österreich habe durch den sogenannten „Anschluss“ des Landes an das Deutsche Reich viele Parallelen, was die Verfolgung und Ermordung psychisch Kranker anbelange. Aktive Sterbehilfe sei wie in Deutschland strafbar. Nicht strafbar sei hingegen in Österreich der Verzicht auf lebensverlängernde Maßnahmen beim Sterben, wenn ein Patient dies wünsche oder er diesen Wunsch im Vorhinein in einer Patientenverfügung festgehalten habe.

Das Medizinforum fand im Rahmen des Begleitprogramms zur Wanderausstellung "erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus" statt, die von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) unter Leitung von Prof. Dr. Dr. Frank Schneider erstellt worden war und derzeit in Aachen im Centre Charlemagne zu sehen ist. Der Direktor der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik erläuterte in seinen Begrüßungsworten, dass die psychiatrische Fachgesellschaft besonderen Wert auf Nachhaltigkeit bei der historischen Aufarbeitung lege. „Wir wollen die Thematik zum Wert des Lebens in die heutige Zeit

transportieren“, erklärt der Psychiater. „Die zentrale Frage ist doch: Wie lernen wir aus dem, was damals war?“

Pressekontakt:

Universitätsklinikum Aachen (AöR)
Dr. Mathias Brandstädter
Leitung Unternehmenskommunikation
Pauwelsstraße 30
52074 Aachen
Tel.: 0241 80-89893
Fax: 0241 80-3389893
mbrandstaedter@ukaachen.de

Über die Uniklinik RWTH Aachen (AöR)

Die Uniklinik RWTH Aachen verbindet als Supramaximalversorger patientenorientierte Medizin und Pflege, Lehre sowie Forschung auf internationalem Niveau. Mit 34 Fachkliniken, 25 Instituten und fünf fachübergreifenden Einheiten deckt die Uniklinik das gesamte medizinische Spektrum ab. Hervorragend qualifizierte Teams aus Ärzten, Pflegern und Wissenschaftlern setzen sich kompetent für die Gesundheit der Patienten ein. Die Bündelung von Krankenversorgung, Forschung und Lehre in einem Zentralgebäude bietet beste Voraussetzungen für einen intensiven interdisziplinären Austausch und eine enge klinische und wissenschaftliche Vernetzung. Rund 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen für patientenorientierte Medizin und eine Pflege nach anerkannten Qualitätsstandards. Die Uniklinik versorgt mit 1.400 Betten rund 45.000 stationäre und 200.000 ambulante Fälle im Jahr.